

«Jetzt müssen wir die Übung abbrechen»

Hanspeter Amstutz kämpft gegen die Sprachlastigkeit der Schule und kritisiert die Bildungspolitiker der Vergangenheit.



Der heute pensionierte Seklehrer und EVP-Kantonsrat beim Unterricht in einer Schulklasse.
Bild: Tages Anzeiger

[Daniel Schneebeli](#), Redaktor Zürich

Vor 10 Jahren hat das Volk die Abschaffung der zweiten Fremdsprache in der Primarschule abgelehnt. Jetzt kommen Sie mit der gleichen Forderung wieder. Warum diese Zwängerei?

Wir haben schon damals gesagt, dass dieses Kurzfutterkonzept mit zwei Lektionen pro Woche nicht funktioniert. Nun sind die versprochenen Erfolge ausgeblieben. Zudem haben zwei neue Studien gezeigt, dass Jugendliche auf der Oberstufe eine Fremdsprache schneller lernen als in der Primarschule. Für uns ist das heutige Sprachenkonzept gescheitert. Die zweite Fremdsprache gehört auf die Oberstufe.

Dass Kinder mit zwei Fremdsprachen überfordert seien, haben Sie schon damals gesagt. Haben Sie auch neue Argumente?

Nur hat es damals niemand geglaubt, das ist heute anders. Die [Schule](#) muss schwächeren Kindern vor allem Nachhilfe in den Fremdsprachen erteilen, was oft aufreibende Sisyphusarbeit ist. Manche Eltern beklagen sich, dass ihre Kinder zuhause nur noch Fremdsprachen büffeln.

Wie erklären Sie den Eltern der nicht überforderten Kinder, dass eine Sprache gestrichen wird?

Es gibt viele Lernbereiche in denen man begabte Kinder genauso fördern sollte wie in den Fremdsprachen, zum Beispiel in den Naturwissenschaften. Man kann ihnen sagen, dass ihre Kinder die Fremdsprachen in den Niveaustufen der Oberstufe schneller lernen werden, weil sie dort nicht von den Schwächeren gebremst werden.

1999 haben sie sich als Kantonsrat gegen das Englischobligatorium an der Sekundarschule gewehrt mit dem Argument, die Jugendlichen könnten nicht gleichzeitig zwei Fremdsprachen lernen. Warum dieser Meinungsumschwung?

Das ist kein Meinungsumschwung. Jeder Schüler wird beide Fremdsprachen kennen lernen, da im siebten Schuljahr die zweite Fremdsprache klar Vorrang hat. Eine Abwahlmöglichkeit kommt erst ab dem achten Schuljahr infrage und nur bei Schülern, die sich mit dem Sprachenlernen schwer tun.

Das heisst, die schwächeren Schüler werden in der Volksschule nur noch eine Sprache lernen.

Nein. Sie lernen die eine Sprache in der Primarschule und die andere in Sekundarschule.

Aber dann können sie am Ende nicht beide Sprachen so gut wie heute.

Sogar besser, weil sie erst besser Deutsch lernen und die erste Fremdsprache sorgfältiger eingeführt werden kann – Konzentration auf Wesentliches und nicht von allem ein bisschen, heisst das Erfolgsrezept.

Der Kanton Zürich hat für viele Millionen Franken in die Ausbildung von Lehrern und in neue Lehrmittel investiert. Wie erklären Sie den Stimmbürgern den Ausfall dieser grossen Investitionen?

Für diese Sprachenzwängerei sind einige damaligen Bildungspolitiker verantwortlich. Jetzt müssen wir die Übung abbrechen und einen Schlussstrich ziehen. Wenn ein Primarlehrer allein für zwei Wochenlektionen fast so viel Ausbildungszeit wie eine Sprachlehrerin der Oberstufe investieren muss, kommen andere wichtige Bereiche zu kurz.

Was sagen Sie den Lehrern, die viel Zeit und Geld ins Lernen der Fremdsprache investiert haben und jetzt Freude haben am Unterricht?

Das macht mir etwas Kopfzerbrechen. Ich bin aber überzeugt, dass bei den allermeisten Lehrerinnen und Lehrern die pädagogische Vernunft vorhanden ist. Vielleicht werden einige auch auf der Oberstufe unterrichten.

Sie sind Mitglied im Verein Schule mit Zukunft. Mit der Abschaffung der zweiten Fremdsprache in der Primarschule würden wir zurückkehren in die Schule der 80er Jahre. Worin sehen Sie die Zukunft dieses Schulmodells?

Die Schule wird nicht zurückkehren in die 80er Jahre, weil wir andere Aufgaben anpacken müssen, zum Beispiel Medienkunde und Informatik.

Medienkunde und Informatik ist vorgesehen mit dem Lehrplan 21, aber da sind Sie ja auch dagegen?

Das hat mit dem Lehrplan 21 nichts zu tun. Man muss in der Schule so oder so ein Gefäss für Medienkunde schaffen.

Quelle: TagesAnzeiger vom 27. Februar 2016